



Aktuelle Debatte

Fraktion AfD

Sicherheit, Überwachung und Zuteilungen von Impfungen in Sachsen-Anhalt

Es wird beantragt, zur 60. Sitzungsperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt am 11./12. März 2021 eine Aktuelle Debatte zum oben genannten Thema durchzuführen.

Begründung

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel (CDU) erklärte auf einer Pressekonferenz im Anschluss des G7-Gipfels am 19. Februar 2021: „Die Pandemie ist erst besiegt, wenn alle Menschen auf der Welt geimpft sind.“

Ganz gegenteilig lautet die Aussage des Regionaldirektors der Weltgesundheitsorganisation (WHO) für Europa, Hans Henri Kluge, wonach die Pandemie schon in wenigen Monaten überwunden sei: „Es wird weiterhin ein Virus geben, aber ich glaube nicht, dass Einschränkungen nötig sein werden.“ Auch seien Mutationen normal und in Ländern mit hohen Mutationsinzidenzen fielen die „Infektionsraten“ so stark wie anderswo auch. Der Epidemiologe Klaus Stöhr hatte ebenfalls darauf hingewiesen, dass Mutationen in der Regel der Anfang vom Ende einer Epidemie seien.¹

Eine nennenswerte Debatte darüber, wie sinnvoll dieser Strategieansatz bei einer Atemwegserkrankung ist, die laut EU-Definition wegen ihrer im Vergleich geringen Verbreitung eine seltene Krankheit ist, hat bisher nicht stattgefunden. In Anbetracht des Ansatzes in Israel, wo bereits 70 Prozent der Bevölkerung eine Schutzimpfung erhalten haben, aber keine signifikante dämpfende Auswirkung auf das Infektionsgeschehen und die Entwicklung der Covid-19-Todesfälle festgestellt werden kann, lässt sich an der Sinnhaftigkeit des Weges des konsequenten „Durchimpfens“ zweifeln.

¹ https://www.focus.de/gesundheit/news/schon-in-wenigen-monaten-ist-die-pandemie-schneller-vorbei-als-gedacht-who-experte-sagt-baldiges-corona-ende-voraus_id_13019357.html

Solange der Beweis einer sterilen Immunität, d. h. eines Abtötens aller Krankheitserreger, nicht erbracht wurde, gibt es kein vernünftiges Argument für Massenimpfungen. Bisher liegen dazu aber keine Studien vor.

Neben der Verwunderung vieler Bürger über Regierungspolitiker, die sich wie Pharma-Vertreter aufführen, kommt nun die ernsthafte Besorgnis über täglich veröffentlichte Meldungen von Todesfällen in Alters- und Pflegeheimen in zeitlichem Zusammenhang mit Impfaktionen hinzu. Zwar können anhand dieser wenigen bekanntgewordenen Einzelfälle keine grundsätzlichen Aussagen getroffen werden, doch stellen sie zumindest einen Anfangsverdacht dar, der in Teilen des Volks zur erheblichen Verunsicherung beiträgt.

Vor dem Hintergrund, dass die Bundes- und Landesregierung ihre völlig fehlgeleitete Lockdown-Politik mit dem Schutz der Risikogruppen begründet, ist die Exekutive in besonderer Weise verpflichtet, der Gesundheit der Risikogruppen auch in Bezug auf Impfungen tatsächlich Rechnung zu tragen und Spekulationen vorzubeugen. Das heißt: Gesicherte Datengrundlagen schaffen und diese der Öffentlichkeit auch zur Verfügung stellen.

Abgesehen von der moralischen Verpflichtung, ist die kritische Beobachtung und exakte Erfassung von Impfreaktionen und unerwünschten Arzneimittelwirkungen schon allein deshalb dringend geboten, da die Impfstoffe von Biontech/Pfizer, Moderna und AstraZeneca auf neuen und experimentellen Technologien aus der Gensforschung beruhen, die von der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) in einem beschleunigten Verfahren nur bedingt zugelassen wurden, weil wichtige Zulassungsvoraussetzungen wie beispielsweise Langzeitbeobachtungen bisher nicht durchgeführt werden konnten.

Neben der grundsätzlichen Frage der Impfstoff-Verträglichkeit für Risikogruppen ist in der Öffentlichkeit eine Diskussion über die Qualität und Zuteilung der jeweiligen Impfstoffe entbrannt. Im Fokus steht dabei das Impfstoffpräparat von AstraZeneca, dem eine niedrigere Wirksamkeit, aber stärkere Nebenwirkungen zugeschrieben werden als den Konkurrenzprodukten. Zwar ist der AstraZeneca-Impfstoff von der EMA für alle Altersklassen über 18 Jahren genehmigt, doch wird er in Deutschland wegen fehlender Studien nach Vorgaben der Ständigen Impfkommission (STIKO) nur für Menschen unter 65 Jahren eingesetzt.

Die Online-Ausgabe der Frankfurter Rundschau schrieb dazu: „Weil sich ein beträchtlicher Teil des Personals nach der Impfung mit dem Vakzin von AstraZeneca krankmelden musste, konnte in manchen Rettungsdiensten, Klinikstationen, Praxen oder Pflegeheimen nicht mehr richtig gearbeitet werden. In zwei schwedischen Provinzen, einigen französischen und deutschen Krankenhäusern wurde das Impfen deshalb vorübergehend gestoppt.“ Die nationale Agentur für Arzneimittelsicherheit in Frankreich soll laut einem Bericht der Zeitung „Le Parisien“, wie es darin heißt, „in Alarmbereitschaft“ sein, gleichwohl wolle sie aber „beruhigen“. Clément Goehrs, Leiter eines Unternehmens, das im Nachbarland für die Meldung der Impfreaktionen zuständig ist, wird mit der Aussage zitiert: „Wir haben diese Nebenwirkungen erwartet, aber sie sind stärker als wir dachten.“²

² <https://www.fr.de/wissen/corona-astrazeneca-impfstoff-nebenwirkungen-vakzin-coronavirus-covid-19-90208229.html>

Für Deutschland vermeldet das für Impfnebenwirkungen zuständige Paul-Ehrlich-Institut, dass „im Rahmen der Spontanerfassung von Verdachtsfallmeldungen über mögliche Nebenwirkungen und Impfkomplicationen mehrere Berichte aus Kliniken und Pflegediensten/-einrichtungen über vermehrte Krankmeldungen des mit dem COVID-19-Impfstoff AstraZeneca geimpften Personals mitgeteilt wurden. Bei den gemeldeten Reaktionen handelt es sich um bekannte und in der Fachinformation aufgeführte systemische, vorübergehende unerwünschte Reaktionen wie Fieber, Schüttelfrost, Kopfschmerzen, Muskel- und Gliederschmerzen und allgemeines Krankheitsgefühl, die insgesamt als Grippe-ähnliche Beschwerden zusammengefasst werden können.“³

Der Vorsitzende des Weltärztebundes, Frank Ulrich Montgomery, forderte mit Verweis auf die Wirksamkeit, medizinisches Personal und Pflegekräfte sollten nicht mit AstraZeneca geimpft werden.

Laut der Leipziger Volkszeitung vom 26. Februar 2021 traten in Halle zuletzt hundert Ärzte und Pfleger von der Impfung zurück, als sie erfuhren, dass sie mit dem AstraZeneca-Impfstoff geimpft werden sollen. Aus vielen Impfzentren wird Gleichlaufendes berichtet.

Wie die Bildzeitung berichtete, sei bisher landesweit nur jede siebte der bisher gelieferten AstraZeneca-Impfdosen verimpft worden, was zu einem Überhang von 1,2 Millionen Impfdosen führt.⁴

Während Staaten wie die Schweiz oder Südafrika bereits über den Verkauf ihrer AstraZeneca-Impfdosen nachdenken, versucht Deutschland die Reserven mit der Änderung der Impfreiheitenfolge abzubauen. Für Sachsen-Anhalt verkündete Gesundheitsministerin Petra Grimm-Benne (SPD) am 23. Februar 2021 die Vorziehung von Grundschullehrern und Erziehern.

Bei vielen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes wächst damit die Sorge, dass sie mit dem „Impfstoff zweiter Klasse“ abgespeist werden sollen: Der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Bayern, Peter Pytlik, sagte dazu: „Wer eine hohe Akzeptanz bei der Impfbereitschaft seiner Beschäftigten einfordert, muss auch dafür sorgen, dass der bestmögliche Impfstoff Verwendung findet und nicht der, der am billigsten oder gerade verfügbar ist, weil er anderweitig Akzeptanzprobleme hat oder gar nicht mehr eingesetzt wird.“⁵

Der Sprecher des Berufsverbandes „Unabhängige in der Polizei e. V.“, Jörn Badendick, kritisierte gegenüber der Berliner Zeitung auch das ungeklärte Haftungsrisiko bei Impfschäden: „Der Dienstherr verweist auf den Hersteller, der sich wiederum auf

³ <https://www.pei.de/DE/newsroom/hp-meldungen/2021/210218-sicherheit-wirksamkeit-covid-19-impfstoff-astrazeneca-infomationen-pei.html;jsessionid=5A934C45129A890DD9C929BE9DD132B0.intranet241?nn=169730>

⁴ <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/astrazeneca-weiter-unbeliebt-1-2-mio-impfdosen-ungenutzt-im-kuehl-regal-75499490.bild.html>

⁵ <https://www.pnp.de/nachrichten/politik/Polizeigewerkschaft-sieht-Impfung-mit-Astrazeneca-kritisch-3915662.html>

eine Regelungslücke im Gesetz berufen kann. Auffällig ist auch, dass die dienstliche Impfung auf freiwilliger Basis durchgeführt wird, so dass der Mitarbeiter Gefahr läuft, im Schadensfall allein gelassen zu werden.“⁶

Aus Sicht der AfD-Fraktion ist eine öffentliche Debatte zur Klärung der aufgeworfenen Fragen dringend geboten. Es ist nicht vertretbar, Bürgern und Beschäftigten Impfstoffe minderer Qualität zuzumuten, wenn bessere Alternativen zur Verfügung stehen. Des Weiteren muss die Impfung weiterhin freiwillig bleiben und darf nicht durch Impfpässe oder ähnliche Hintertüren aufgeweicht werden.

Abschließend sieht die AfD-Fraktion die Landesregierung in der Verantwortung, dafür Sorge zu tragen, dass sämtliche Todesfälle, die sich mit zeitlichem Zusammenhang zu Impfungen in den 466 landesweiten Alten- und Pflegeheimen ereignen, strengstens überwacht und die Todesumstände aufgeklärt werden.

Oliver Kirchner
Fraktionsvorsitzender

⁶ <https://www.berliner-zeitung.de/news/berliner-polizisten-haben-angst-vor-astrazeneca-impfung-li.141910>